

Niederschrift

über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Datum: 10.05.2016

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:35 Uhr - 18:45 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	10	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr René Deschner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich
Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion	UA Jugendhilfeplanung
Herr Sören Gruner	sachkundiger Einwohner	dienstlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	16:46 Uhr: dienstlich
Herr Ulf Kallscheidt	SPD-Fraktion	17:15 Uhr; Personal- findungskommission
Herr Falk Ulbrich	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	16:56 Uhr; dienstlich

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktion DIE LINKE
Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Bernhard Herrmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Leistner	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Thomas Scherzberg	Fraktion DIE LINKE
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE
Herr Kai Tietze	Fraktion DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Eckehard Bauer	SPD-Fraktion	i. V. für Frau Drechsler
Herr Christian Kempe	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	i. V. für Herrn Deschner

sachkundige Einwohner

Herr Reiner Amme
Herr Kay Kaden
Herr Klaus Möstl
Herr Bernd Weber

beratend Teilnehmende

Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin	ab TOP 7.4
---------------------	---------------------	------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Nicolas Hamann	Abteilungsleiter Abt. 61.5
Frau Carina Kühnel	Abteilungsleiterin Abt. 36.1
Herr Thomas Michalla	Abteilungsleiter Abt. 61.2
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17
Herr Dr. Thomas Scharbrodt	Amtsleiter Amt 36
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6
Frau Sabine Strobel	Amtsleiterin Amt 63

Schriftführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) beantragt, den Tagesordnungspunkt 7.3 (B-112/2016, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 10/04 Kaßberg Ost) von der Tagesordnung abzusetzen, da die im Jahr 2010 vom Ausschuss beschlossenen Planungsziele nicht vollständig eingearbeitet wurden. **Herr Bürgermeister Stötzer** schlägt vor, die Vorlage dennoch zu beraten, um eventuelle Hinweise einarbeiten zu können. Die Vorlage könne dann immer noch vertagt werden. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** schließt sich dem Vorschlag an.

Abstimmung über den Antrag auf Vertagung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt einen analogen Antrag zum Tagesordnungspunkt 7.4 (B-113/2016, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 13/11 "Kaßberg West"). Es sei wichtig, die Bürger zu beteiligen. Dazu könnte die Vorlage beispielsweise im AGENDA-Beirat beraten werden. **Herr Bürgermeister Stötzer** und **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** weisen darauf hin, dass sie im Falle einer Vertagung genaue Angaben seitens der Stadträte benötigen, was im Entwurf geändert werden soll. **Herr Stadtrat Herrmann** zieht seinen Antrag zurück.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich - vom 05.04.2016
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie ist somit genehmigt.

4 Informationen zum Umbau des Stadions an der Gellertstraße

Frau Richter (Abteilungsleiterin Abt. 15.1) sagt, dass es sich um eine der letzten Berichterstattungen handelt, da das Bauvorhaben vor dem Abschluss steht. Vertraglich gebunden seien aktuell Ausgaben in Höhe von 26,97 Mio. Euro. Das noch verfügbare Budget belaufe sich auf etwa 49.600 Euro. Derzeit gebe es noch Abstimmungen mit den Sicherheitsbehörden zum Sicherheitskonzept. Ebenso befasst sich die Verwaltung mit Vorbereitungen der Eröffnungsveranstaltung und der Abnahme des Bauobjektes.

Herr Möstl (sachkundiger Einwohner) äußert Bedenken, dass der Rasenbereich nicht für anderweitige Events genutzt werden könnte, weil dadurch u. a. das Sprinklersystem beschädigt werden könnte. **Frau Richter** entgegnet, dass der Rasen vorher entsprechend abgedeckt werden müsste.

5 Vorstellung eines Konzeptes für die Nahversorgung auf dem Kapellenberg

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass die Ausschussmitglieder Herrn Schäfer zunächst das Rederecht einräumen müssen.

Abstimmung über die Erteilung des Rederechtes für Herrn Schäfer

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (10 Ja-Stimmen)

Herr Schäfer (Deep Orange Gewerbeimmobilien GmbH) erläutert das Konzept für den Markt a der Neefestraße 52k. Das Konzept sieht anstelle eines Discounters die Vermietung kleinerer Flächen an regionale Erzeuger vor, wodurch ein Warenangebot analog eines Discounters abgesichert werden soll. Zudem soll eine Fleischerei, Bäckerei und einen Schreibwarenladen geben. Problematisch sei die schwierige Erreichbarkeit des Marktes für den Lieferverkehr. Die Gespräche mit den großen Lebensmittelketten lägen auf Eis. Derzeit gebe es jedoch auch noch keine abgeschlossenen Verträge mit anderen Nutzern. Vor Vertragsabschluss möchte er zunächst den Beschluss des Ausschusses abwarten. Er sei überzeugt, dass das Konzept tragfähig sei.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) macht deutlich, dass es Aufgabe der Stadt sei, die Grundversorgung zu sichern. Dies sei aus dem Konzept nicht zu erkennen. Dennoch gebe es planungsrechtlich keine Einschränkungen für das Konzept. Er fragt, was ihm Planungssicherheit bringe. **Herr Schäfer** entgegnet, dass Penny nicht zu Gesprächen bereit war, da eine Standortverlagerung immer noch möglich sei.

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass der Ausschuss keinen Investorenschutz gewähren könne. Auch er ist der Ansicht, dass ein regionaler Markt wahrscheinlich nicht die Bedürfnisse der Grundversorgung der Anwohner befriedigt. Er fragt, ob man den anderen Verhandlungspartnern nicht vor den Kopf stoße, wenn doch noch Verhandlungen mit Edeka aufgenommen werden, wenn der andere Standort ausgeschlossen werden würde. **Herr Schäfer** sagt, dass es nur Vorverträge basierend auf dem Konzept gebe. Er müsse sich alle Möglichkeiten offen lassen. Sein Ansinnen sei es, überhaupt eine Versorgung sicherzustellen und dann weiter darauf aufzubauen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein meint, dass an dem Standort ein Discounter mit 800 m² Verkaufsfläche benötigt werde. Besser wäre noch eine Erweiterung auf 1000 m². **Herr Schäfer** sagt, dass er bereit sei, in eine Erweiterung des Marktes zu investie-

ren. Allerdings sei es schwer, einen Discounter für den Standort zu gewinnen, wenn potentiell 250 Meter entfernt ein weiterer Discounter eröffnen könnte.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) fragt, ob er auch zu der Erweiterung bereit wäre, wenn die Neefestraße nicht wieder angebunden werde. **Herr Schäfer** sagt, dass er bereit wäre, aber es sich wirtschaftlich tragen müsse. **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** gibt Herrn Schäfer Recht, dass Hemmnisse bestehen. So sei beispielsweise der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 01/20 "Mozartstraße/Neefestraße" noch immer im Ratsinformationssystem der Stadt öffentlich einsehbar, aber nur für das geübte Auge zu erkennen, dass die Beschlussvorlage seinerzeit vertagt wurde.

Herr Bürgermeister Stötzer fragt, wie lange Herr Schäfer brauche, um sein Konzept zu realisieren. **Herr Schäfer** antwortet, dass er zwei bis drei Monate ab Vertragsunterzeichnung benötige.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erläutert die Rahmenbedingungen für eine Anbindung der Neefestraße an die B 173. Die Abbindung der Neefestraße erfolgte auf der Basis eines Planfeststellungsverfahrens. Die Verkehrsberuhigung des Kapellenbergs war Bestandteil des Planes. Eine erneute Anbindung erfordere ein Planänderungsverfahren, welches ein neue Verkehrs-, Lärm- und Schadstoffkonzepte voraussetze. Eine einfache Anbindung („rechts rein, rechts raus“) sei vertretbar. Eine Vollanbindung würde jedoch aus Gründen der Verkehrssicherheit einen größeren Umbau erforderlich machen. Die Kosten dafür seien im sechsstelligen Bereich und nicht förderfähig. Im Ergebnis empfiehlt die Verwaltung keine Anbindung der Neefestraße.

6 Beschlussvorlage an den Stadtrat

Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 96/23 "Schillerplatz/Aktienspinnerei" - nördliches Teilgebiet Aktienspinnerei
Vorlage: B-071/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Bürgermeister Stötzer erläutert die Beschlussvorlage. Auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** ergänzt **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass sich das südliche Teilgebiet noch im Verfahren befindet. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** fragt, wann die Beschlussvorlage für das südliche Teilgebiet vorgelegt wird. **Herr Bürgermeister Stötzer** sagt, dass es noch Abstimmungen mit dem Landesdenkmalamt gebe. Die Verwaltung möchte das Verfahren so schnell wie möglich voran bringen.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt Punkt 1 Buchstabe a) en-Bloc einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 3 und 25 (Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 6 und 22 (Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 15, 1. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 15, 2. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

-
- Ordn.-Nr. 15, 3. Sachverhalt (Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)
 - Ordn.-Nr. 17 (Anlage 1, Seite 4 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

 - Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt Punkt 1 Buchstabe c)
 - Ordn.-Nr. 18 (Anlage 1, Seite 4 der Beschlussvorlage) einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stimmt den Punkten 2, 3 und 4 (Anlage 1, Seiten 5 und 6 der Beschlussvorlage) en-Bloc einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

7 Beschlussvorlagen an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

- 7.1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 16/10 "Bernhardstraße/Rudolfstraße"
Vorlage: B-109/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erläutert die Beschlussvorlage.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-109/2016

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

1. In der Gemarkung Chemnitz entlang der Nordseite der Bernhardstraße, zwischen Hans-Sachs-Straße und Jahnstraße soll der Bebauungsplan Nr. 16/10 „Bernhardstraße/Rudolfstraße“ aufgestellt werden.

Als Planungsziele werden definiert:

- Festsetzung eines Wohngebiets
- Symmetrische Vervollständigung der Bebauungsstruktur der Gebäude Bernhardstraße 23-31 mit Anschluss an die Bauflucht in der Hans-Sachs-Straße durch Festsetzung straßenseitiger Baulinien,
- Tiefe der überbaubaren Fläche von 12 - 14 m,
- Festsetzung von mind. 4, max. 5 Vollgeschossen,
- Festsetzung einer Traufhöhe von min. 11 m, max. 13 m,
- Festsetzung zur Farbigkeit der straßenseitigen Fassaden,
- ausschließliche Zulässigkeit von traufständigen Sattel- und Walmdächern mit mind. 45° Dachneigung und dunkler Dachdeckung.

2. Der räumliche Geltungsbereich des Plangebietes wird durch die Planzeichnung bestimmt. Im Geltungsbereich liegen die Flurstücke 1999d, 2001/4 (teilweise), 2001/5, 2001/10 sowie 3600 der Gemarkung Chemnitz. Die Abgrenzung ist in der Anlage dargestellt. Der Geltungsbereich umfasst rd. 0,85 ha.

3. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden. Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3

Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen)

- 7.2 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 13/08 Wohnbebauung Morgenleite Süd
Vorlage: B-089/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) kann nicht nachvollziehen, dass an dem Standort nur Eigenheime entstehen sollen. Dadurch entgingen beispielsweise dem Nahverkehr Kunden, die die nahegelegene Bahnstrecke nutzen.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) weist darauf hin, dass es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt. Zudem handelt es sich um eine Rückbaufläche. Der Abbruch erfolgte mit Fördermitteln, welche als Förderkriterium Mietwohnungen, jedoch nicht Wohnungsbau generell, an dem Standort ausschließen.

Herr Möstl (sachkundiger Einwohner) findet, dass Eigenheimstandorte nicht nur auf der grünen Wiese, sondern auch an innerstädtischen Standorten geschaffen werden müssen.

Beschluss B-089/2016

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 13/08 Wohnbebauung Morgenleite Süd, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B), sowie die Begründung werden in der Fassung vom Februar 2016 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

- 7.3 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 10/04 Kaßberg Ost
Vorlage: B-112/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Tagesordnungspunkt 2 von der Tagesordnung abgesetzt.

- 7.4 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 13/11 "Kaßberg West"
Vorlage: B-113/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Hamann (Abteilungsleiter Abt. 61.5) erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt, ob es für Gärten Bestandschutz gebe. **Herr Hamann** verweist darauf, dass die Baumschutzsatzung greife.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet es wichtig, das Thema mit den betroffenen Bürgern zu diskutieren. Die Vorlage sollte daher in der nächsten Sitzung des AGENDA-Beirates behandelt werden. Er weist darauf hin, dass es demnächst eine Landesregelung zu Garagen und Stellplätzen geben werde, die im Bebauungsplan berücksichtigt werden sollte.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) macht darauf aufmerksam, dass wie üblich auf den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt. Ohne den Beschluss sei keine formelle Beteiligung möglich. Zudem sei es möglich, dass sich während der Bearbeitung eines Bebauungsplanes Planungsziele ändern oder ergänzt werden.

Herr Amme (sachkundiger Einwohner) sagt, dass sich die Abgeordneten mit dem Beschluss die Meinung aus der Vorlage zu Eigen machen. Auch er spricht sich dafür aus, vorher eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. **Herr Stadtrat Herrmann** bekräftigt, dass eine vorgeschaltete Öffentlichkeitsbeteiligung zum formellen Verfahren erforderlich sei. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** kritisiert, dass Herr Stadtrat Herrmann kürzlich den Beschluss zur Ausweisung von Potentialflächen für Windkraft durchpeitschen und erst danach mit den Bürgern reden wollte.

Herr Möstl (sachkundiger Einwohner) betont, dass es sich um einen Entwurfs- und Auslegungsbeschluss handelt. Es sei jederzeit möglich, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Herr Kaden (sachkundiger Einwohner) sagt, dass der Bebauungsplan der einzige Weg sei, die städtebaulichen Strukturen zu sichern. Auf Dauer sei er aber nur anwendbar, wenn nicht überfrachtet werde.

Herr Hamann führt auf Nachfrage von **Herrn Amme** aus, dass die Grundflächenzahl von 0,6 auch für Stellplätze gelte. Es sei jedoch auch möglich, Stellplätze auf Tiefgaragen zu bauen.

Herr Kallscheidt (SPD-Fraktion) macht deutlich, dass Parkplätze geschaffen, aber der Charme des Kaßberg-Viertels erhalten werden soll. Er fragt, welche Möglichkeiten bestehen, Baumfällungen zu verhindern.

Herr Bürgermeister Stötzer sagt, dass der Vorschlag der Verwaltung vorliegt. Man könne die Auswirkungen an einem Beispielgrundstück auch noch einmal für die Stadträte graphisch aufbereiten.

Herr Stadtrat Scherzberg sagt, dass der Bebauungsplan die bestehenden Gärten schützen müsse. Die Baumschutzsatzung schütze nämlich Obstbäume nicht.

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) plädiert dafür, die Vorlage nicht zu vertagen sondern jetzt darüber abzustimmen und anschließend das formelle Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Herr Stadtrat Herrmann beantragt die Vertagung der Vorlage.

Abstimmung über den Antrag zur Vertagung der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Beschluss B-113/2016

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschließt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 13/11 „Kaßberg West“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung, werden in der Fassung vom März 2016 (gemäß Anlagen 3 und 4) gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)**

8 Informationsvorlage an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

Sachstandsinformation der Arbeitsgruppe ruinöse Gebäude in Chemnitz
Vorlage: I-023/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 63

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss nimmt die Informationsvorlage I-023/2016 zur Kenntnis.

9 Verschiedenes

9.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

- **Frau Kühnel (Abteilungsleiterin Abt. 36.1)** berichtet über die Errichtung eines Mobilfunkmastes an der Wittgensdorfer Straße. Der Mindestsicherheitsabstand betrage 12 Meter, im konkreten Fall sei aber die umliegende Bebauung in allen Richtungen mindestens 100 Meter entfernt.
- **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)** weist auf den Tag der Städtebauförderung am 21.05.2016 hin. Dabei werden sowohl auf dem Brühl als auch auf dem Sonnenberg Veranstaltungen stattfinden.

9.2 Fragen der Ausschussmitglieder

- **Herr Möstl (sachkundiger Einwohner)** kritisiert die mangelhafte Schlaglochbeseitigung an der Erdmannsdorfer Straße, welche saniert wurde. Jedoch seien im Kreuzungsbereich noch Schlaglöcher. **Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** entgegnet, dass der Kreuzungsbereich nicht Teil des Baufeldes war. Die Stadt würde gern hochqualitativ Schlaglöcher ausbessern, aber dies sei zu teuer.
- **Herr Möstl** fragt zudem, warum der Fahrstuhl im Einsiedler Rathaus noch nicht wieder fährt. **Herr Bürgermeister Stötzer** sichert eine Beantwortung zu.
- **Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt, ob sichergestellt sei, dass Spielplätze beschildert seien. **Herr Börner (Amtsleiter Amt 67)** sagt, dass alle kommunalen Spielplätze beschildert sind.
- **Herr Amme (sachkundiger Einwohner)** spricht zum Ergebnis des Wettbewerbes zur Gestaltung der Innenstadt, wonach im Stadthallenpark noch ein Gebäude errichtet werden soll. Er schlägt dafür vor, das Planungsbüro Jan Gehl aus Kopenhagen mit der weiteren Analyse zu beauftragen.

- **Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** fragt, wann Bänke auf den Markt gestellt werden. Er regt zudem an, sie auf den Jakobikirchplatz zu stellen. **Herr Bürgermeister Stötzer** sagt, dass dazu noch Abstimmungen laufen.
- **Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** weist darauf hin, dass auch Querungen für Fuß- und Radfahrer von Baustellen betroffen seien. Gerade im Bereich der Reichenhainer Straße seien die Umleitungen nicht eindeutig und teilweise nicht sicher. Hier sollte eine bessere Lösung gefunden werden.

10 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP)** und **Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE)** bestimmt.

* * *

Herr Bürgermeister Stötzer schließt die Sitzung.

27.05.2016 *Stötzer*
Datum Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

.....
Datum Leistner
Mitglied
des Ausschusses

.....
Datum Schinkitz
Mitglied
des Ausschusses

25.05.2016 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer

Die Freigabe der Niederschrift erfolgt vorbehaltlich der Unterzeichnung durch Herrn Stadtrat Leistner und Herrn Stadtrat Schinkitz.